

die Dauer unerträglich und muß einer schlichten Lösung entgegentreten.

Die sozialdemokratische Fraktion hat deshalb eine politische Pflicht erfüllt, als sie alle Parteien des Reichstags zur Stellungnahme zum Hauptproblem der gegenwärtigen inneren Politik Deutschlands wiederum aufrief. Aber zugleich haben die bürgerlichen Mittelparteien, Zentrum und Nationalliberale, indem sie den sozialdemokratischen Antrag ablebten, noch schwerere politische Schuld auf sich geladen denn je; sie zeigten, daß sie auch jetzt noch nicht gewußt sind, daß elementarische Forderungen in den deutschen Staaten zum Siege zu führen. Sie erwiesen sich als Hilfsgruppen der konservativen Reaktion. Sie werden sich nun nicht wundern dürfen, wenn draußen im Lande der Unwillen der entretenden Männer und Frauen sich immer stärker gegen sie erhebt.

Schon der äußere Verlauf der Reichstagsitzung vom Mittwoch zeigt mit unübertragbarer Eindeutigkeit, wo die einzigen ernsthaften Vertreter des Volksrechts und des politischen Fortschritts zu finden sind. Ganz die gesamte Sitzung wurde ausgefüllt nur von sozialdemokratischen Rednern, denen einige Vertreter der fortschrittlichen Volkspartei und ein polnischer Redner ein wenig zur Seite traten. Aber nicht nur die konservativen Gruppen, auch Zentrum und Nationalliberale liegen das Volksrecht im Stich, beteiligten sich überhaupt nicht an der Debatte und hielten mit ihren Verlegenheitserklärungen sich aus der ihnen so peinlichen Lage zu ziehen. Recht interessant sind die feinen Unterschiede, die sich in den Erörterungen der offenen Wahlrechtsfeinde und der zweideutigen vorgeblichen Wahlrechtsfreunde zeigten. Graf Rantzau für die konservativen erklärte kurz und bündig, der sozialdemokratische Antrag verstoße wider die Verfassung, der Reichstag überschreite durch diese Erörterung seine Zuständigkeit. Herr Dr. Spahn vom Zentrum erklärte unter Verweisung auf frühere Leußerungen seiner Partei, was das Reich seinen Bürgern gewähre, werde auch in den Einzelsstaaten bewilligt werden müssen, aber der Reichstag dürfe in dieser Frage nicht die Initiative ergreifen, dies sei Sache — der verbündeten Regierungen. Herr Wassermann sahlich erklärte, es dürfe von Reichs wegen vorgeschrieben werden, daß jeder deutsche Einzelstaat eine aus Wahlen hervorgehende Volksvertretung erhält, aber nicht, wie das Wahlrecht zu den Volksvertretungen beschaffen sein solle. Es bedarf seines Wortes, daß all die Herrschaften ganz genau über die Richtigkeit ihres Gedankens unterrichtet sind. Es ist ihnen nur darum zu tun, eine machbare Ausgestaltung des deutschen Reichstags gegen das Wahlumrecht und für die Wahlreform nicht zu schieben lassen zu lassen. Zentrum und Nationalliberale wollen weiterhin auf Schleichtagen um die große Frage unserer Zeit herumstreichen. Sie wollen den Schein erwecken, als seien sie auch für Fortbildung der Volksrechte, und doch wollen sie nach wie vor mit den ausgeworfenen Hindernissen jeder Reform, mit der Junferpartei, innige Gemeinschaft behalten.

Die Redner der Sozialdemokratie haben die ihnen gewordene Aufgabe mit Eifer und Geschick durchgeführt. Genosse Weiss Berlin, Vertreter von Kalau-Ludau, der zum ersten Male im Reichstage das Wort nahm, bat unter seinem Antrage eine vorläufige Begründung gegeben. Er hat es verstanden, zu dem oft behandelten Gegenstand mancherlei neue und treffende Bemerkungen zu finden. Er hat die wichtigste Frage des Volksrechtes mit gebührendem Nachdruck besprochen, er wies die Schwäche der Wahlentreditung auf und zeigte an den Geschehnissen der letzten Zeit die übermütigen Herrschaftsaufprüche der preußischen Junkerei. Er sprach auch in guten Ausführungen das Frauenwahlrecht. Er mahnte die Parteien, die nach ihren Worten für die Wahlrechtsreform eintreten, voll Eindringlichkeit, sich des ganzen Ernstes dieser Wahlrechtsfälle, die die Arbeitersklasse führt und führen muß, bewußt zu werden.

Genosse Karl Liebhardt ergänzte später den ersten Redner, er geräuschte die famosen Komplizenbedenken der Spahn und Wassermann, er zeigte die slame und verräterische Haltung der Mittelparteien im preußischen Landtag. Die Genossen Herzfeld-Rostedt, Hoffmann-Saalfeld und Wurmb beprächten noch die belohnten Verhältnisse in einigen Bundesstaaten, so in Schwarzburg-Rudolstadt und Neug. L. wo gegenwärtig der Entziehungskoller der bestehenden Klassen Volksrechte gerügt oder zu zerstören bestrebt ist.

In der Abstimmung erhoben sich für den grundlegenden Abzug des sozialdemokratischen Antrages die Fortschrittkräfte und Polen mit der sozialdemokratischen Fraktion. Das war eine so stattliche Zahl, daß das Ergebnis der Abstimmung zunächst zweifelhaft erschien. Aber schließlich wurde die Mehrheit für die Gegner des Antrages festgestellt. Zentrum und Nationalliberale haben wieder den konservativen einen ungemein großen Siegesdienst erwiesen. Bei den weiteren Abstimmungen unseres Antrages, die das Wahlrecht vom 20. Lebensjahr an und das Frauenwahlrecht fordern, blieb unsere Fraktion allein.

Die Sozialdemokratie ist sich darüber keinen Augenblick im Zweifel gewesen, daß sie mit ihren Wahlrechtsforderungen auch in diesem Reichstage keinen unmittelbaren Erfolg erzielen werde. Aber dieser Tag war wahnsinnig nicht verloren. Er wirkt aufflammend im ganzen Lande, bei allen Volksrichtungen, die ein Empfinden haben für Menschenwürde und die eine Vorwärtsentwicklung der Volksrechte begehrten. Er gab auch weithin tönende und machtvoll alarmierende Signale für den Wahlkampf, der bald in alle Gauen Preußens entbrennen wird!

Deutsches Reich.

Kaiser und Kanzler.

Wilhelm II. scheint dieses Jahr wieder sehr zum Reden aufgelegt zu sein. Nachdem er erst vor kurzem in Königsberg und in der Berliner Universität Reden gehalten hatte, erschien er gestern in einer Sitzung des jetzt tagenden Landwirtschaftsrats und hielt dort einen Vortrag über die Erfolge, die er im Roggenbau und bei der Zucht von Getreidesorten auf seinem Gut Kadinen erzielt habe. Am Schluß seiner Rede führte er unter Bezugnahme auf die Anerkennungen eines Diskussionsredners aus:

Auf Grund meiner kleinen Erfahrungen — es ist ja immerhin nur ein kleiner Beitrag und eine kurze Zeit — bin ich also durchaus in der Lage, den ersten Satz des Herrn v. Bodow, daß es außer Speise steht, daß Deutschland nicht nur jetzt, sondern auch für die Zukunft den Nahrungsmittelbedarf seines Volkes bedenken kann, unabdingt zu untersetzen. (Mit erhobener Stimme): Das können wir, und das müssen wir!

Es ist kein Wunder, daß die im Landwirtschaftsrat vertretenen Agrarier die Rede Wilhelms mit grohem Jubel aufnahmen. Sahen sie doch in den Worten des Kaisers ein Bekennnis zu ihrer geliebten Schulzollpolitik.

Es hätte natürlich niemand etwas dagegen, wenn die Produktion der deutschen Landwirtschaft so vergrößert würde, daß sie den Nahrungsbedarf des deutschen Volkes deckt. Auch die Sozialdemokratie hat oft genug erklärt, daß sie gern bereit ist, bedeckende Mittel zur Förderung der Landwirtschaft zu bewilligen. Aber damit, daß wir keine Nahrungsmittel aus dem Ausland einzuführen brauchen, wäre nicht viel gewonnen, wenn dabei ein großer Teil des Volkes ebenso wie jetzt notleidet müßte, weil er sich infolge der hohen Preise nicht die notwendigen Nahrungsmittel kaufen kann. Mit der Frage, wie der Teuerung abzuholzen ist, hat sich Wilhelm nicht beschäftigt. Liegt sie ihm doch auch außerordentlich fern. Was kann er, dem fähig viele Millionen zur Verfügung stehen, wissen von den Nötigen des Mannes aus dem Volke, der mit dem schwärzlichen Ertrag, den seiner Hände Arbeit liefert, sich und die Seinen stümmerlich ernähren muß. Wie wenig Wilhelm II. von der Lage der breiten Massen sich ein Bild machen kann, hat sich ja damals gezeigt, als er das bekannte Wort von der vollen Konkurrenzsfreiheit der Sozialpolitik aussprach. Seine Umgebung, die aus lauter wohlgenährten Herren und Damen besteht, ist ja auch sicher nicht geeignet, ihn zu Befragungen über die Nahrungsmittelnot der Volksmassen anzuregen.

Wie der Herr, so's Geschenk! Nachdem am Tage Wilhelm II. die Herren Agrarier mit einer Rede beglückt hatte, kam am Abend bei Wein und Braten sein oberster Handlanger, der Herr von Bethmann, und hielt eine Rede vom Stapel. Der Reichsfanzer führte dabei u. a. aus:

Weine Herren! In dem Jahre, das wir begonnen haben, wird es sehr viele keine Feier geben, in die nicht die Kinder jahre-Ehrenkronen blühten. Lassen Sie uns als Väter davon den Opferntfesthalten, der 1813 unsere Väter erstellte. Wir werden in diesem Jahre unsere Pflichten zu Ende verfehlten müssen. Darin sind alle verantwortlichen Stellen, das will ich hier herhören, eines Sinnes. Und das Volk, wenn ich es recht verstehe, will doch, wer wehrfähig ist, auch Soldat wird. Heim und Staat, und Hof sind uns mit allen, was sie an Hab und Gut für Seele und Seid umsetzten, zu helfen, als daß wir sie nicht mit den äußersten Mitteln gegen Krieg und Kriegsgeschehe zu sichern und zu verteidigen entschlossen wären. Darin ist, davon bin ich überzeugt, die Nation einig und wird es auch bleiben, wenn wir im Reichstag — um im Oster — wird es sein — die Vorlagen verhandeln. Aber Opfer wird es kosten. Gott hat dem deutschen Volk eine Stelle auf dem Erdball angewiesen und unsere Geschichte zeigt, daß Opfer, groß Opfer, unter schwerem Erdbeben sind. Sie willig zu deinen, sel unter Stoß.

Man muß es dem Herrn v. Bethmann lassen, er ist ein gewissenhafter Mann. Vorleseleg ist er zu seinen Neuerungen über den Willen des Volkes hinzu, „wenn ich es recht verstehe“. Es ist aber nun einmal das Bedürfnis des langen Reichsphilosophen, daß er das Volk nicht versteht, sonst würde er wissen, daß im Volke ganz verdammt wenig Begeisterung für die bevorstehenden Wahlvorlagen vorhanden ist. Bei den Worten des Kanzlers, bei den von den großen Opfern der Freiheit des deutschen Volkes sind, dünnen die verhassten Detren Künster verblüfft und geschockt haben. Sie wissen ja, daß sie nicht mit den unglückslichen Erben gehören und daß die Gefahr, die könnten von der deutschen Unglücksellschaft noch nachträglich etwas abbesommen, sehr gering ist. Haben sie doch einen Bethmann, der schügend die Hand über ihre feine Weinen nach wohl auch gotigmöglich Steuerdrückebergerie hält, und der sich freut und krumm legt, ehe er es zuläßt, daß der grimmige Steuerhund dem geliebten Geldbeutel seiner agrarischen Herren allzusehr auf den wohlgefüllten Leib rüttelt.

Hertling redet dem Zentrum zu.

Die Voerische Staatszeitung, das junge, aber schon viel beschriebene Organ des Ministeriums Hertling, läßt es sich angelegen sein, für die — ähnlich doch noch gar nicht bekannte Militärarbeits-Schule zu machen. Einmal über das andere Mal sieht sie auseinander, daß die Frage der Rüstungen nicht parteipolitisch sei, daß sie kein Handelsgegenstand sein dürfe usw. Mit Bedauern sei festzustellen, daß es den Anschein habe, als wollten kurzfristige Berechnungen des Parteigegners am Ernst der Frage nichts vorübergehen. Man höre von Verhandlungen, die unter den Parteien stattfinden, und man gewinne den Eindruck, als würden bereits die Vorteile abgewogen, die aus einem Scheitern dieser Vorlagen die Parteien für sich herauschlagen zu können hoffen.

Die Voerische Staatszeitung würde sich wohl nicht so sehr erfreuen, wenn sie nicht gerade die Partei auf so bedeutschen Wegen wenden sähe, die ihrem Herzen am nächsten liegen. Die aber versteht auch sehr gut, auf wen die schwülftigen Bemerkungen der Regierungsspitze gemünzt sind, und univoltisch erklärt die ultimontane Augsburger Postzeitung:

Wir können den Voerischen Staatszeitung das Recht, und wenn man will auch die Pflicht nicht bestreiten, für die neue Heeresvorlage einzutreten. Anderseits aber müssen in solchen Organen die betreffenden Artikel naturgemäß so gehalten sein, daß sie über allgemeine Gesichtspunkte und allgemeine Wendungen, die eben wegen ihrer Allgemeinheit möglicherweise oder wenigstens mißverständlich ausgelegt werden, nicht hinauskommen.

Deutlicher kann die Staatszeitung nun nicht wohl sagen, daß sie das Zentrum meint, und der Augsburger Postzeitung sind die Hertlingschen Hinweise in Wirklichkeit auch nicht so mißverständlich, sondern im Gegenteil nur gar zu verständlich. Dem Zentrum ist es peinlich, daß gerade von einer Stelle aus auf seine Kuhhandelserinnerung gemacht wird, die selbst oft genug mit hinter der Tür gestanden hat.

Ein Schritt auf dem Wege zur Einheitsschule.

Seit einigen Jahren ist in der Stadtverordnetenversammlung in Frankfurt a. M. eine Mehrheit gegen die Vorlesungen vor der Einheitsschule beworden, endlich auch einmal mit der Errichtung neuer Vorlesungen aufgehört. Dazu bot sich jetzt Gelegenheit, da der Magistrat von der Stadtverordnetenversammlung Mittel forderte, um weitere Vorlesungen für die Mittelschule schaffen zu können, da die Anmeldungen von Schulen sich sehr gesteigert hatten. Der zuständige Ausschuß lehnte die Bewilligung ab, weil er mit der Errichtung neuer Vorlesungen nicht mehr wollte. Vor der Plenum der Stadtverordnetenversammlung zu dem Bericht Ihres Ausschusses Stellung nehmen konnte, wurde er in der Deutlichkeit bekannt, weil die Schulbehörde den Eltern von ungefähr 300 Kindern mitteilte, daß die Aufnahme in die Mittelschule nicht möglich sei. Den bestreitlichen Verteilung dieser Eltern nutzte die nationalliberale Partei aus; sie möchte eine Protestversammlung, in der gegen die

Gleichmacherei durch die Einheitsschule Sturm geladen werden sollte. Damit wurde es aber nichts, die Versammlung wurde doch eine Kundgebung für die Einheitsschule.

Am Dienstag kam die Angelegenheit im Plenum der Stadtratsausschüsse vor, zu welcher zu weit nachgegeben, daß sie die Mehrheit des Ausschusses hatte inzwischen zu weit nachgegeben, daß sie die erforderliche Zahl noch als Provisorium bewilligte. Am zweiten Samstag der Vorlesungen fand eine stundenlange Debatte, in der von der Mehrheit, die aus sozialdemokratischen und Fortschrittkräften besteht, pädagogische und Kinderheit — sie wird von der nationalen Partei gebildet und ihre Vorleser sind ein Oberlehrer und der Direktor einer Oberrealschule — verteidigt wurden. Die Vorleser sind in der Hauptstufe mit ihrer Ausbildung und mit den Unterschieden in der „Zelle“ zwischen den höheren Schulen und den anderen Schulen. Die Sprößlinge der Bourgeoisie sollen nicht mit den Kindern des Proletariats die gleiche Schulbank teilen. Die Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung befürwortete. Magistrat zu erscheinen, von Oster 1914 an die bestehenden Vorlesungen schriftlich abzuschaffen und die Volkschule so auszustalten, daß ihre Jünglinge nach dreijähriger Bebung zum Einschreit in die höhere Schule befähigt werden. Wenn der Magistrat dem Besuch der Volkschule ausdrücklich untersagt, so kann dieser, wie ein freijünger Gymnasiallehrer weiß, leicht betonen, weil über Frankfurts Grenzen hinaus Bedeutung besitzt. Die Befürchtung der Vorlesungen wird die Volkschule fördern, weil dann Kreise an der Volkschule Interesse bekommen, die sich heute um ihre Ausgestaltung nicht kümmern.

Angst vor dem Schießprügel. Ein Teil der Mitglieder des Reichstages war offenbar überzeugt, daß der Abgeordnete Cetzel am Freitag vor Beginn der Sitzung die Erfahrung wiederholte, welche er am Tage vorher einmal abgegeben hatte. Es handelt sich um den Rückzug in der Attacke gegen den Staatssekretär des Innern, Dr. Delbrück, dem Cetzel insinuiert hatte, es brachte Verabschiedung, Magistrat zu erscheinen, von Oster 1914 an die bestehenden Vorlesungen schriftlich abzuschaffen und die Volkschule so auszustalten, daß ihre Jünglinge nach dreijähriger Bebung zum Einschreit in die höhere Schule befähigt werden. Wenn der Magistrat dem Besuch der Volkschule untersagt, so kann dieser, wie ein freijünger Gymnasiallehrer weiß, leicht betonen, weil über Frankfurts Grenzen hinaus Bedeutung besitzt. Die Befürchtung der Vorlesungen wird die Volkschule fördern, weil dann Kreise an der Volkschule Interesse bekommen, die sich heute um ihre Ausgestaltung nicht kümmern.

Preußische Ostseebefriedung. Aus Norddeutschland, wo sich schon so manche Tat preußischer Individualtum abgespielt hat, kommt die Nachricht von einer aufsehenerregenden Ausweitung. Der Marinestab Sonderburg hat den norwegischen Gußdrevier und Marinelument Conderon-Kauot aus dem preußischen Staatsgebiet ausgewiesen. Der Angemessene hat in mehreren dänischen Verwaltungshäusern in Norddeutschland Verträge mit Lichtbildern gehalten.

Die vier Themen, die er zur Ausstellung stellte, sind: China und die Revolution, Japan und die Wandschule, Dänemark und Norwegen gemeinsame Geschichts-, der große nordische Krieg. Die Vorlesungen hatten keinerlei agitatorischen Charakter für die dänische Siedlung Norddeutschland, was ja schon der Titel sagt, es waren reine Bildungsverträge. Als Kauot am Sonnabend nachmittag, als er von Sonderburg weg, in Sonderburg ankam, wurde er von der Polizei am Bahnhof erwartet, die ihm die Ausweisungssorder überreichte. Es bleibt nur die Vermutung, daß die Ausweisung nur deshalb erfolgt ist, weil Kauot in dänischen Verwaltungshäusern gefangen war. Diese für Preuzens Interessen im Auslande gerade nicht förderliche Ausweisungsgeschichte bekommt dadurch einen komischen Anstrich, daß — wie die dänische Presse in Norddeutschland berichtet — Kauot ein glühender Bewunderer Wilhelms II. sein soll, mit dem er während seines Dienstes in der norwegischen Marine persönlich zusammengelitten ist.

Ausland.

Belgien.

Am Vorabend des Generalstreiks.

Brüssel, 12. Februar. In einer gemeinsamen Sitzung nahmen der sozialistische Parteivorstand, die Gewerkschaftskommission und der Vorstand des Genossenschaftsverbandes folgenden Beschluß an:

Die Sitzung spricht ihr Einberufen aus mit der Hoffnung der sozialistischen Komiteekräfte, die im Laufe der Verhandlungen über die Versetzungsbefreiung alles getan hat, was in ihrer Macht liegt, um eine verhindrende Wirkung zu ermöglichen, konstatiert jedoch, daß die unverhältnismäßige Haltung der Regierung und der Rechten den Generalstreik unvermeidlich macht, und fordert die Arbeiterklasse auf, die letzten Vorbereitungen zu treffen und zeitig Arbeitsverträge zu schließen, damit am 14. April im ganzen Lande die Arbeit eingestellt wird.

Der 14. April.

Brüssel, 12. Februar. Heute vormittag war der Generalkrat der belgischen Sozialdemokratie versammelt, um über den Generalstreik zu beraten. Es wurde beschlossen, am 14. April in den Generalstreik zu treten, d. h. einen Tag vor dem Wiederbeginn der Parlamentsverhandlungen nach den Osterferien.

Brüssel, 12. Februar. Das Komitee, das den Generalstreik vorbereitet hat, erläutert einen Aufruf an die Bevölkerung, in dem es die Gründe aufzählt, die die Arbeiter zwingen. Mit Bedauern sei festzustellen, daß es den Anschein habe, als wollten kurzfristige Berechnungen des Parteigegners am Ernst der Frage nichts vorübergehen. Diese für Preuzens Interessen im Auslande gerade nicht förderliche Ausweisungsgeschichte bekommt dadurch einen komischen Anstrich, daß — wie die dänische Presse in Norddeutschland berichtet — Kauot ein glühender Bewunderer Wilhelms II. sein soll, mit dem er während seines Dienstes in der norwegischen Marine persönlich zusammengelitten ist.

Amerika.

Die Kämpfe in Mexiko.

London, 12. Februar. Gestern morgen um 10 Uhr 20 Minuten begannen die Straßenkämpfe in Mexiko aufs neue. Die aufständigen Soldaten unter General Diaz marschierten vom Arsenal aus gegen die in den benachbarten Straßen angehäuften lokalen Truppen. Artillerie wurde aufgeschossen, und die Infanterie gab Salve ab. Pferde, Automobile und andere Wagen fliehen blind schlagende Masen. Viele Gebäude wurden von Geschossen getroffen und der Schaden ist bedeutend. Der Kampf dauerte bis in den frühen Nachmittag. Die lokalen Truppen sollen nicht an Boden gewonnen haben. Die aufständischen halten noch wie vor alle Zugänge zum Arsenal besetzt.

Vom Aufstand.

Mexico-City, 12. Februar. Stundenlang haben die Bundesstruppen fast ohne Wirkung die Stellungen der Aufständischen beschossen. Diese erwiderten das Feuer lebhaft. Die Aufständischen haben ihre Stellung durch Aufspannung weiterer Feldgeschütze verstärkt und etwa 3000 bis 5000 Gefangene aus den Gefangenlager befreit und sie bewaffnet. Die Aufständischen haben zudem ihre Geschütze gegen das Gebäude der englischen Botschaft gerichtet und das Feuer der dort zum Schutz aufgestellten Geschütze erwidert. Die Botschaft, eine Zusammenkunft der Deutschen und der anderen Parteien zu ermöglichen, und geschafft.